

Berufsorientierung – eine schulische Dauerbaustelle



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski

Soeben gibt es in Niedersachsen einen neuen BO-Erlass – Entwurf mit dem alle didaktischen und methodischen Möglichkeiten aller vorherigen Erlasse addiert worden sind, die im Laufe der letzten Jahrzehnte irgend das „Licht der pädagogischen Öffentlichkeit“ erblickt haben. Es wirkt teilweise wie eine fachdidaktische „Altkleidersammlung“, die sich zu einem System „BO“ in einem System „Schule“ entwickeln. Jede Einführungsveranstaltung in „betriebliche Organisationsstrukturen“ würde dies als klassische Unmöglichkeit etikettieren, denn dafür fehlen die Personen und vor allem die Qualifikationen. Dazu einige kurze Anmerkungen:

Die Berufsorientierung ist zweifellos für Schülerinnen und Schüler die Entdeckung sinnvoller Perspektiven sowie eine wichtige schulische Aufgabe, damit unsere Kinder und Jugendlichen befähigt werden, ihre künftigen beruflichen und privaten Lebenssituationen zu bewältigen und zu erkennen, wie sich diese meistern lassen könnten. So weit so gut!

Seit fünfzig Jahren wird dies begründet und nach schulischen Konzepten gesucht, wie die Berufsorientierung (BO) in das allgemein bildende Schulsystem zu etablieren ist. Das Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen von 1964 war ein

wichtiger Impuls, der leider nur für die Hauptschulen wirkte. Die schulische Einlösung dieser Aufgabe lässt sich nicht anders als bildungspolitisch dilettantisch bezeichnen. Die Frage der Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer wurde zur damaligen Zeit wenig als relevant erachtet.

Die BO hat nie einen bundesweit gesicherten Platz im der allgemein bildenden Schule gefunden. Sie ist die Addition von zahllosen Tagungen, Memoranden, Thesenpapieren, Projekten. Güterwagons von Unterrichtsmaterialien wurden konstruiert und durch die Arbeitsverwaltung distribuiert.

BO war zwar ein berechtigter Wunsch, aber ihre schulische Einlösung basierte auf Freiwilligkeit, auf Zusatz-Engagement der Lehrerschaft, die sich die erforderliche Zeit, und ihre Qualifikation für die Aufgabe zu erwerben, auch noch selbst im Schulsystem erbetteln musste.

Die folgenden Aspekte sollen die Situation in aller Kürze skizzieren:

1. Zentral ist zunächst: Die schulische Berufsorientierung wird nur dann im Schulsystem eine respektierte Aufgabe sein, wenn sie mit rechtlich verbindlicher Lernzeit im schulischen Fächerplan und in den Stundentafeln verankert wird. Fachdidaktische Allmachtsphantasien reichen nicht aus, dass alle Fächer und alle Lehrkräfte sich verbindlich daran beteiligen. Zu häufig sind die Maßnahmen didaktische Placebos.

Die didaktische Verankerung der Berufsorientierung muss allerdings mit einer Fachlösung und mit zusätzlich ausgewiesener Lernzeit erfolgen. Dies hätte folgende Konsequenz: Durch die Etablierung der BO in Verbindung mit einem affinen Fach würde dann auch eher das Qualifizierungsproblem für die Lehrkräfte zu lösen sein und damit der Grad der fachdidaktischen Beliebigkeit besser zurückgedrängt werden können.

2. Sucht man nun nach der größten fachlichen Nähe von Fächern zur Berufsorientierung, dann kann dies in Niedersachsen nur mit dem Fach Wirtschaft in der Sek I geschehen. Auch beim Blick über die Landesgrenzen hinaus, d. h. in die anderen Bundesländer, ergibt sich, dass das Fach Wirtschaft oder ähnliches der einzige seriöse fachliche Ankerplatz für die Berufsorientierung sein kann.

Am Beispiel des Faches Wirtschaft lässt sich beispielsweise ein curriculares Gesamtsystem aufzeigen, das an vielen Stellen inhaltliche Beziehungen zur Berufsorientierung aufweist.

Es geht z. B. um ...

- > die Auseinandersetzung mit den Beziehungen von privaten Haushalten und Unternehmen, es geht um die Bedeutung von Arbeit und Beruf für die eigene Lebensgestaltung
- > die jeweiligen aktuellen und sich permanent entwickelnden Arbeitsmarktstrukturen z. B. in der Region für die Berufswählenden
- > die Einbettung in europäische Beziehungen sowie vielfältige curriculare Ansatzpunkte, die sich aus dem staatlichen Handeln am Arbeitsmarkt ergeben
- > Reflexion der jeweiligen Ordnungsformen und Ordnungselemente einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die übrigens auch gleichzeitig für die neu verkündete Demokratiebildung zwingend wären usw.

3. Berufsorientierung und Bindung an ein Schulfach

Folgt man dem bisherigen Gedankengang, dann hat das bildungspolitisch eine wesentliche Konsequenz: Das Fach Wirtschaft ist zusätzlich mindestens mit einer Unterrichtsstunde pro Schuljahr ab dem 7. Schuljahr zu ergänzen.

Dagegen ist die Formel, die didaktische Produktivität des Schulsystems mit der Verordnung einer schulischen Gesamtaufgabe zu steigern, eine Scheinlösung.

Solche „Produktivitätssteigerungen“ lassen sich möglicherweise bei der Produktion von Vierkant-Schrauben erzielen, aber nicht bei Bildungsprozessen.

Was heißt das?

Die Schülerinnen und Schüler könnten in einem Fach Wirtschaft konsequent Einsichten zur Arbeits- und Wirtschaftswelt für eine verbesserte Wahrnehmung der Bedingungen der eigenen Berufswahl erwerben. Dann bliebe darüber hinaus immer noch die ganze pädagogische Phantasie einer Schule gefordert, weitere spannende didaktische Formate (Praktika, Erkundungen, Projekte und ... und... und), mit außerschulischen Kontakten zu verknüpfen. Übrigens: Diese methodischen Organisations- und Vollzugsformen unterrichtlichen Handelns sind seit Jahrzehnten bekannt und schon vielfach in Schulversuchen erprobt worden.

Mindestens bis zum Jahre 1974 lassen sich schulische Realisierungsversuche zurückverfolgen und Dibbern/Kaiser/Kell haben schon vor über 50 Jahren erste Gesamt-

konzeptionen vorgelegt, die sicherlich zu „modernisieren“ wären, aber nicht komplett neu gedacht werden müssten. Studiert man z. B. gegenwärtig die Summe der „neuen methodischen Antworten“, die hier und dort entwickelt werden, dann ist man versucht anzunehmen, dass „didaktische Vergesslichkeit“ ein allgemeines fachdidaktisches Phänomen sei.

Damit wird eher eine systematische Auseinandersetzung möglich und der fachliche Zufall verringert.

4. Besondere Problematik Hauptschulen – Realschulen – Oberschulen

Natürlich ist für alle Schülerinnen und Schüler des allgemein bildenden Schulwesens die schulische Unterstützung zur Berufswahl sinnvoll. Insbesondere soll hier nicht auf die lobenswerten Bemühungen im Gymnasium eingegangen werden. Vielmehr soll im Rahmen unseres kurzen Beitrags auf ein besonderes Problemfeld hingewiesen werden.

Zunächst gilt es zu realisieren, dass diese Schulformen mit zusätzlichen Herausforderungen zu kämpfen haben, die sich beispielsweise u.a. durch eine gestiegene Anzahl von Migrantenkindern ergeben, was dem Schulsystem besondere pädagogische Herausforderungen abverlangt. Einige wenige sollen benannt werden:

Es gibt massive Sprachprobleme, die Einbeziehung der Elternschaft ist ein besonderes Problem, was für die Berufswahlentscheidung dieser Kinder eine zusätzliche Problematik darstellt, zumal auch die Eltern der Migrantenkinder nicht selten erhebliche Sprachprobleme mit der deutschen Sprache besitzen. Die Differenziertheit der sprachlichen Argumentation ist nicht selten eingeschränkt. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung, zumal es eine Fülle vorbildlicher Beispiele gibt.

- > Es gilt die Herausforderung verschiedener Kulturen beiderseits zu respektieren und das Fordern und Fördern gemeinsam zu gestalten.
- > Generell ist die Kooperation Elternhaus und Schule zu stärken.
- > Des Weiteren gibt es die Gruppe jener Personen, die in keiner Weise die Grundprinzipien marktwirtschaftlicher Ordnungen kennen. Sie besitzen damit Schwierigkeiten, das „Betriebssystem“ demokratischen Gesellschaften überhaupt wahrzunehmen und für sich alltagstauglich zu nutzen.
- > Es sind unterschiedliche kulturelle Herkünfte und damit auch unterschiedliche Wertvorstellungen mit denen Lehrkräfte konfrontiert werden und die zumeist diesen Kindern nicht anzulasten sind, aber das „Produkt“ der situativen Gegebenheiten noch komplexer machen.

Wie dramatisch das Problem der Hauptschulen, Realschulen und Oberschulen sich darstellt, wird durch ein einfaches Zahlenbeispiel deutlich:

Deutschland verlassen jährlich zurzeit ca. 50 Tausend Kinder (In den letzten fünf Jahren sind es über 250 Tausend Kinder gewesen) die Schule ohne einen Schulabschluss. Diese Kinder müssten zunächst für einen klassischen Einstieg in den Arbeitsmarkt erst einmal zurückgewonnen werden, weil wir sie schon vorher verloren haben.

Wenn man es plastisch beschreiben will: Dies sind 2000 Schulklassen (à 25 Schüler) in Deutschland jährlich, in 5 Jahren sind es 10.000 Schulklassen mit solchen Jugendlichen, die buchstäblich wieder erst arbeitsmarktfähig gemacht werden müssten, was offensichtlich nur schwer möglich ist.

Das ist eine riesige gesellschaftliche Herausforderung – auch angesichts der Tatsache, dass Eltern in ihrer Grundeinstellung sehr bewusst „in Berechtigungen“ / in erreichten Schulabschlüssen“ denken, nicht in „Qualifikationen“.

Sie fragen: Was kann mein Kind mit einem Abschluss anfangen, was nicht.?

Die formal erworbene allgemeine Berechtigung ist wichtiger als die z. B. erreichte Note 4.0 beim Abitur. In Niedersachsen verlassen über 7% der Kinder die Schule ohne einen Abschluss.

Es muss zusätzlich folgendes festgestellt werden: Es ist eben nicht der häufig festgestellte Qualitätsverlust beim Abitur, der in den letzten Jahren konstatiert wurde. Das ist zwar schlimm genug. Aber mit dem formal erworbenen Abitur wird eine große Breite von Studien- und sonstigen Ausbildungsmöglichkeiten eröffnet und dafür reicht auch schon ein Abitur mit der Note 4.0.

5. Schulischen Gesamtaufgaben werden selten „ernst“ genommen

Tauchen solche Aufgaben auf, dann ist zumeist die folgende bildungspolitische Lösung prominent. Es werden z. B. die Demokratiebildung, die Klimabildung und die Berufsorientierung zu sogenannten schulischen Gesamtaufgaben erklärt und man meint, so die Lösung gefunden zu haben. Nein, die Aufgabe wird damit abgewertet, nicht aufgewertet. Das führt leider zu fatalen Folgen.

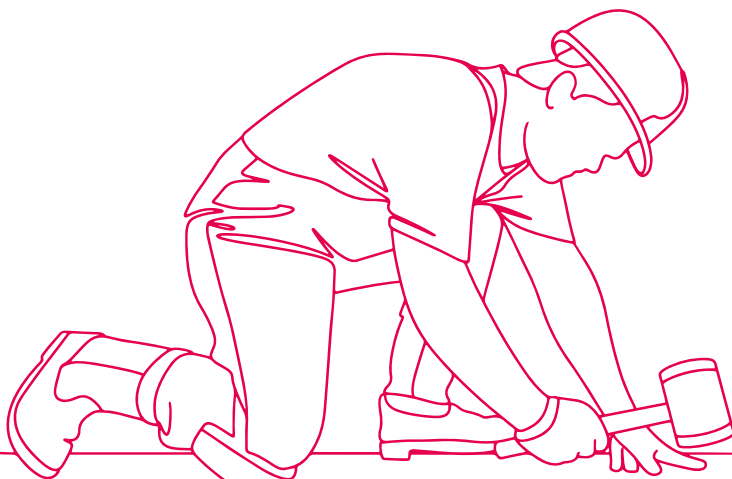
Man möge sich nur die folgenden ungelösten Fragen aus dem Schulalltag vergegenwärtigen: Schulische Gesamtaufgaben hören sich didaktisch „modern“ an, sind bei genauerer Betrachtung jedoch immer nur schulische Mogelpackungen.

Einige Fragen mögen die Gelingensbedingungen verdeutlichen:

- > Wie lässt sich der allgemein behauptete zeitliche Mangel interpretieren?
- > Wie ist die strukturelle Verankerung im Schulsystem organisiert?
- > Wie wirkt sich der Ressourcen- und Personalmangel auf die Aufgabe aus?
- > Wie ist organisationspolitisch mit dem immer wieder zu erkennenden, unterschwellig existierenden Widerstand im Kollegium umzugehen?
- > Wie lässt sich die Zuständigkeitsfrage innerhalb einer Schule klären und innerschulisch absichern sowie lässt sich das durch die Schulleitung überhaupt organisieren und kontrollieren?

Was zusammenfassend deutlich werden sollte:

Die Verbindung von strukturellen, pädagogischen und politischen Herausforderungen ist im Schulsystem kompliziert zu lösen. Die Einlösung einer sinnvollen schuli-



**Achtung:
Baustelle!**

schen Gesamtaufgabe „Berufsorientierung“ ist nach allen Erfahrungen nicht mehr als eine didaktische Chimäre – selbst dann, wenn einige Schulen engagierte und facettenreiche Lösungsversuche für sich entwickelt haben. Gut, dass es sie gibt!

6. Die Qualifizierung der Lehrerschaft

Eine zentrale, aber völlig ungelöste Herausforderung: Für schulische Gesamtaufgaben gibt es keine Studiengänge an Hochschulen.

Wie lässt sich deshalb die Qualifizierung jener Lehrkräfte absichern, die Berufsorientierung als schulische Gesamtaufgabe realisieren müssen?

Hier ist man geneigt, von „institutioneller“ Ahnungslosigkeit zu sprechen.

Es gelingt nicht mal in der Lehrerbildung an den Hochschulen zwei oder drei Seminare in die Hochschulcurricula für das erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium verpflichtend für die Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen zu verankern. Warum? Das ist ein schlichtes ökonomisches Problem:

Die Fachvertreter (z. B. Erziehungswissenschaft, Soziologie, Politologie, Psychologie) wollen ihre eigenen Fachansprüche über das Erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Studium absichern und den Verlust von Zeitdeputaten für Veranstaltungen schlicht verhindern (Auswirkungen auf Personal, Finanzzuweisungen usw.). Das ist ein normales Verhalten. Böswillig könnte man allerdings hinzufügen: Dann hat man mehr Zeit in den Veranstaltungen über das ungerechte Bildungssystem zu parlieren.

Die Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule als berühmte „Schulische Gesamtaufgabe“ erzeugt keinen Rechtstatbestand in einer Universität, wenn sie nicht über Entscheidungen in den Fakultäten und insgesamt in der Ausbildung aller Lehrkräfte abgesichert ist.

7. Betreuung im Betriebspraktikum

Nicht einmal die Betreuung des Betriebspraktikums in den Schulen ist einheitlich geregelt. Beispielhaft sei auf zwei Gruppen verwiesen:

- a) die Gruppe der Lehrerschaft, die diese Aufgabe aus ihrer Funktion als Klassenlehrer für sich reklamiert.
- b) die Gruppe der Fachlehrerinnen und Fachlehrer würden jedoch diese Veranstaltung gerne für die Vertiefung ihrer fachlichen Arbeit nutzen.

8. Ziehen wir ein Resümee

Seit vielen Jahrzehnten wird Berufsorientierung im deutschen Schulsystem diskutiert.

Leider wurde der Gedanke dann vor allem in den Volksschulen/Hauptschulen diskutiert, die für viele Akteure im Bildungssystem eher als bildungstheoretisch nicht vollwertig betrachtet wurden und sich im Zielsystem deutscher Schulen nicht als allgemein bildungsfähig einschätzen lassen mussten. Von der Realschule an aufwärts und natürlich vor allem im Gymnasium wurde in der Anfangszeit viel getan, ja nicht vom humanistischen Bildungsbegriff abzuweichen.

Mit „Wirtschaft“ als Gegenstandsbereich wurde ein besonderer bildungstheoretischer Sündenfall identifiziert. Und wer kann sich nicht an die immer kolportierte Aussage erinnern: „Gymnasiasten denken mit dem Kopf, Hauptschüler mit dem Hammer“.

Die unterschiedlichen didaktischen Wellen der letzten 50- 60 Jahre haben seither jeden theoretische Backstein umgedreht. Es gibt nichts, und zwar rein gar nichts an neuen Erkenntnissen zur Berufswahl selbst, natürlich bis zu den genialen Feststellungen, dass sich die Zeiten verändert hätten und es unterschiedliche Arbeitsmarktherausforderungen gäbe.

Es fehlen zwei bildungspolitische Entscheidungen:

- a) Es fehlt rechtlich verbrieft Lernzeit, zumindest ab dem 7. Schuljahr eine zusätzlich Stunde, die einem Fach zuzuordnen ist, das die meiste Nähe zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt und zu ökonomischen Entwicklungen, national und international hat und damit geradezu die größte fachliche Nähe zur Berufsorientierung besitzt. Damit würde der Ertrag der sogenannten Praxistage gesteigert. Die Anzahl ließe sich möglicherweise sogar verringern und die fachliche Dignität steigern. Es fehlt mir – bei aller versuchten intellektuellen Redlichkeit – die Phantasie, eine fachlich ausgewiesene Arbeitsgruppe vorzustellen, die nicht an einem einzigen Tag, alle wesentlichen Zielsetzungen der Berufsorientierung, Berufswahl in den bestehenden Lehrplan z. B. für das Fach Wirtschaft integrieren könnte.

- b) Damit ließe sich, ein Hauptproblem der schulischen Berufsorientierung, und zwar die fehlende Hochschulausbildung der Lehrkräfte für diese schwierige Herausforderung, eher in Angriff zu nehmen.

Lehrkräfte, ohne Ausbildung für diese relevante inhaltliche Aufgabe auf Schüler loszulassen, ist keineswegs zu legitimieren.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski 